

Spangenberg Zeitung

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Er erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RMk. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Braunfels“, „Fröhliche Welt“, „Rind und den Erdbeeren“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RMk. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telef. Nr. 2: Zeitung

Anzeigen werden die halbspaltige 3 mm hohe (betriebl.) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Anzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Beilagenbeilagen für Platz, Datumsvermerk und Beilagenlieferung ausgeschlossen. Annahmestellen für Offerten und Anzeigen befinden sich in der Redaktion. Beilagenbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 25

Dienstag den 25. Februar 1930

23. Jahrgang

Wann kommt die Finanzreform?

Bei den Gegenständen, die über die Finanzvorlagen im Regierungslager immer noch vorhanden sind, läßt sich nicht mit Gewißheit sagen, ob es möglich sein wird, die Steuerentwürfe so schnell zu erledigen, daß noch vor der dritten Sitzung der außerordentlichen Reichsversammlung die Entscheidung getroffen sein wird. Da das endgültige Entschiedenwerden der Finanzvorlagen des Reichsfinanzministers erst vom Dienstag ab befristet werden können, die Vorlagen zum Ende der Woche in die entscheidenden Ausschüsse gelangen. Die dritte Sitzung, die dann zur Erledigung vor der dritten Sitzung des Young-Plans und der Konstitutionsabkommen übrig bleibt, wird zweifellos kaum ausreichen, um eine parlamentarische Entscheidung herbeizuführen. Da aber die Beschließung der außerordentlichen Reichsversammlung sehr drängt, wird ein starker Druck sowohl von der Deutschen Volkspartei wie von der Sozialdemokratie ausgeübt werden, die Angangnahme des Young-Plans nicht mit den unerledigten Steuerentwürfen zu verzögern. Die Presse beider Parteien macht ihren Einfluß in dieser Richtung bereits geltend und stellt die Regierungsfunktion vor die Frage, ob sie es verantworten kann, das außerordentliche Ergebnis und die Abklärung der durch die Verzögerung der endgültigen Reichsfinanzabstimmung zu gefährden.

Staatsausfall auch für Bonn?

Die Stadt Bonn befindet sich bereits seit längerer Zeit in großen finanziellen Schwierigkeiten. Der Haushaltsplan für 1929 schloß mit einem Defizit von 4,5 Millionen RM. Die Stadtverwaltung wollte nun durch Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundvermögenssteuer sowie durch Sparmaßnahmen dieses Defizit beseitigen.

Der Oberbürgermeister hat die Erklärung abgegeben, daß der Regierungsvorstand in Köln der Stadt in finanzieller Hinsicht keine Unterstützung leisten wird. Die Stadtverwaltung mußte nun durch Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundvermögenssteuer sowie durch Sparmaßnahmen dieses Defizit beseitigen.

Keine Kursänderung in Frankreich.

Chantemps in den Fußstapfen Lardens.

Aus den Mitteilungen, die der neue französische Ministerpräsident Chantemps über sein Regierungsprogramm der Presse gegeben hat, läßt sich erkennen, daß das Programm im großen und ganzen dem seines Vorgängers Lardens angeschlossen ist. Von einer grundsätzlichen Kursänderung dürfte also keine Rede sein. In Paris politischen Kreisen glaubt man, daß das Kabinett Chantemps in der Kammer eine Mehrheit von etwa zwei Dutzend Stimmen erreichen werde. Den Ausschlag werden abgesehen von den Sozialisten, die sogenannten Mittelgruppen geben.

Ministerpräsident Chantemps hat den ganzen Sonntag über an der Regierungserklärung gearbeitet. Am frühen Nachmittag wurde er über einzelne Punkte seines Programms von Journalisten mit Briand, dem Kriegsminister, Desmarest und dem Finanzminister Palmade, auf finanzielle Gebiete innerhalb der Regierungserklärung, darüber, daß die übermäßige Belastung der französischen Wirtschaft beseitigt werden müsse, um ihr einen Aufschwung zu geben.

Der Fehlschlag in London.

Englische Auffassungen über die Konferenz. Der Sonderkorrespondent des „Daily Express“ in London erklärt in sensationeller Annahme, daß die Londoner Konferenz erfolglos sei und bis zum Jahre 1935 vertagt worden sei. Der Korrespondent fügt hinzu, obwohl seine Erklärung offiziell dementiert wurde, sei sie dennoch nicht weiter als eine Lausche. Die Londoner Konferenz ist nach Ansicht des Korrespondenten deshalb erfolglos geblieben, weil die Vorbedingungen so mangelhaft gewesen seien. Die realen Tatsachen seien hinter den dicken Vorhang des offiziellen Optimismus verborgen geblieben, und daran sei dann auch die Konferenz gescheitert. Obwohl die Mächte die Schuld an dem Zusammenbruch der Konferenz sich gegenseitig in die Schuhe schieben würden, so habe doch England als die einladende Macht die Hauptschuld an dem Fehlschlag der Konferenz zu tragen.

Am Gegenstand zu diesen recht pessimistischen Meinungen ist man in offiziellen englischen Kreisen keineswegs geneigt, die Konferenz als tot oder gescheitert anzusehen. Die zur Zeit in London herrschende Auffassung ist auf die französische Regierungskrise zurückzuführen. Die Unterbrechung der Konferenzarbeiten würde so lange andauern, bis eine verständliche französische Delegation in London eingetroffen sei. Das man sich in London daran denke, die Konferenz aufzugeben, ist aber schon aus der Tatsache hervorzuheben, daß die französische Sachverständigen Mission in London geblieben sei und an den Arbeiten des Untersuchungskomitees teilnehme.

Auch Eisabgaben in England.

Snowden rechnet mit 400 Millionen RM. Schlichter. Der englische Sachverständigen Snowden, der sich bis zu jeder Konferenz über sein Budget enthalten hatte, gab in einer Rede vor Mitgliedern der Arbeitspartei an, daß das nächste englische Budget wachstumsfördernd sein werde.

Schwierige Entscheidungen.

Die Gegensätze beim Polen-Abkommen. — Noch immer keine Einigung über die Finanzsicherung.

Von einem unserer Berliner Vertreter wird uns berichtet: Am Dienstag tritt das Reichskabinett erneut zu einer Sitzung zusammen, um an den schwebenden Problemen endgültig Stellung zu nehmen. Soweit sich betrieilen läßt, berät sich wieder einmal im Regierungslager und namentlich in den Mittelfraktionen eine Nervosität, die den Ausdruck einer Krise geradezu unverkennbar machen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen nach wie vor das Polen-Abkommen und die mit der Finanzreform verbundenen Streitigkeiten. In der Polenfrage sind es das Zentrum, die Deutsche Volkspartei sowie die Deutsche Volkspartei, die den Widerstand der Regierung nicht gefällig finden, während es in der Frage der Sanierung der Reichsfinanz hauptsächlich zwischen Sozialdemokraten und Volksparteier zu Auseinandersetzungen gekommen ist, die

einer Verständigung im Wege stehen. Das Polen-Abkommen stellt sich als ein weiteres großes außenpolitisches Dilemma dar, wogegen die Finanzreform als die Basis für die Realisierung des Young-Plans anzusehen ist. Bei der Polenfrage ist es vornehmlich die Haltung des Außenministers, die nicht nur in der Reichsopposition, sondern auch im Regierungslager einiges Verdröben auslöst. In Antarktis wird behauptet, daß die Ständemächte möglicherweise die Ratifikation des Young-Plans verweigern würden, wenn Deutschland das polnische Liquidationsabkommen nicht rechtzeitig verabschiedet. Diese Möglichkeit wird dagegen von den anderen Parteien als nicht gegeben angesehen und die Notwendigkeit des Polenvertrages von der Realisierung des Young-Plans als ganz unbedenklich betrachtet.

Derzeit aufzuweisen war: Falls ein Fehlschlag in seinem Haushaltsplan auftritt, so sei die Regierungslager hierfür in keiner Weise verantwortlich zu machen. Die Verantwortung hierfür solle in vollem Maße dem früheren Schatzkanzler zu dessen Budget-Schulden als beträchtlich bezogen. Die Steuererlässe seien von dem früheren Schatzkanzler mit einer Summe eingebracht worden, die der die Steuerentwürfe weit zurückgeblieben seien. Durch den Ausfall der veranschlagten Summe müsse er nunmehr 20 Millionen RM in irgend einer Weise wieder herzubringen, aus welchem Grunde die Einführung neuer Steuern oder die Erhöhung gewisser bestehender Steuern im kommenden Finanzjahr notwendig werden würde. Das Defizit, das das Haushaltsbudget auch nach diesen Steuererlässen aufweisen würde, wird auf 10 Millionen RM geschätzt.

Schobers Erfolg in Berlin.

Seine Verhandlungen mit Dr. Curtius.

Der gegenwärtig in Berlin weilende österreichische Bundeskanzler Dr. Schöber soll sich über den Verlauf seiner politischen Verhandlungen mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius durchaus befriedigend geäußert haben. Die Verhandlungen seien im Ganzen verlaufen und gegenseitigen Vertrauen im Geiste vollzogen. Das gelte besonders für den neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrag, der wohl in Bälde unter Dach und Fach gebracht werden könne. Jedenfalls hofft Schöber bestimmt, daß seine Berliner Reise in diesem Falle einen Erfolg haben werde.

Festveranstaltung zu Ehren Schobers.

Zu Ehren des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schöber und seiner Begleitung fand in der Staatsoper Unter den Linden eine Festveranstaltung statt, wozu zahlreiche Ehrengäste geladen waren. Zur Aufführung gelangte der erste Teil des Ringes von Richard Wagner „Hörsingold“. Die musikalische Leitung lag in den Händen von Professor Leo Blech.

Mundfunkrede Schobers.

„Die beiden deutschen Brüder Hand in Hand.“ Bundeskanzler Dr. Schöber hielt am Berliner Rundfunk eine Ansprache. Er führte u. a. aus: Ich betrachte es als ein wunderbares Symbol der nationalen Zusammengehörigkeit, daß ich mich von der Metropole des deutschen Reiches aus an die deutschen Radiohörer in ganz Europa wenden kann. Der Wunsch, den ich selbstverständlich dem ganzen Volke im Deutschen Reich und der trotz aller wirtschaftlichen Nöte mächtig aufstrebenden deutschen Weltstadt Berlin im besonderen.

Mein Berliner Wunsch folgt ziemlich unmittelbar einer Fahrt nach Rom, wo es mir gelungen ist, die Wiederherstellung guter nachbarlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu Italien durch einen Schiedsgerichtsvertrag zu besiegeln. Ich glaube, nicht nur unseren eigenen Interessen, sondern auch denen aller Deutschen, ja darüber hinaus auch der internationalen Verständigung durch das befriedigende Ergebnis in Rom einen Dienst erwiesen zu haben.

Die Besuche österreichischer Minister im Reich und reichsdeutscher Staatsmänner in Österreich werden sicherlich der weiteren Sammelgenossenschaft immer mehr als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden, die keiner besonderen Begründung bedarf. Eine tausendjährige Geschichte verbindet die Dmarch, das heutige Österreich mit Deutschland. Denken wir an das Mittelalter, das die beiden deutschen Schicksalsströme verbindet, das größte Kleinod deutscher Dichtung ist, erinnern wir uns an die Flage des Wonneganges am Hofe der Babenberger, denken wir daran, daß die geistliche Verbindung zwischen dem deutschen Norden und Süden nie abgerissen ist, wie sie zur Zeit der deutschen Klau mit einem Goethe und Schiller den österreichischen Kaiser Grillparzer der Weltliteratur gab und daß Wien die hervorstechendste Vizekapital der deutschen Kunst geworden ist. Die in den letzten Jahren begangene Jahrhundertfeier für den lombardischen Kaiser und den Reichsfürst Schöber sind nur wenige Beispiele für meine Worte. Die Not des Krieges, das Elend der Nachkriegszeit, die vielen Leiden haben, konnten daran nichts ändern, sie haben uns vielmehr nur noch in höherer Weise einander näher gebracht. Gemeinsam war und ist uns

die mühevollste Arbeit an der Wiederaufrichtung dessen, was die Kriegskatastrophe an kulturellem und materiellem Vermögen der deutschen Nation vernichtet hat. Gemeinsam ist uns der Wille, ein festes Fundament für eine Zukunft zu bauen, die uns noch leben erlaubt, auf welches das deutsche Volk im Hinblick auf die Größe seiner Vergangenheit und seiner kulturellen Leistungen Anspruch hat.

Ich schließe mit dem Wunsch, daß mit der Saager Konferenz der Leidensweg des deutschen Volkes im Reich und in Österreich ein Ende finden möge und daß von nun an die beiden deutschen Brüder Hand in Hand der Sonne entgegen gehen können.

Eine Rede des Reichsinnenministers.

Auf Veranlassung der Ortsgruppe Chemnitz der SPD. sprach im Volkshaus Reichsinnenminister Severing über die politische Lage. Der Minister erklärte, es sei eine der dringlichsten Aufgaben des Reichstages, für die Sanierung der deutschen Finanzen zu sorgen. Dazu werde die Einführung neuer Steuern, nämlich für Tee, Kaffee und Zölle, auch für Bier, sich nicht umgehen lassen. Weiter wies der Minister auf die Bestimmungen zur Bildung eines Einheitsstaates unter Fortfall der einzelner Länder hin, die bereits 1918 hätten verwirklicht werden müssen.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Scharfer Protest der Invalidenversicherung.

Die Träger der Invalidenversicherung, vertreten durch den Ständigen Ausschuss des Reichsverbandes deutscher Landesversicherungsanstalten, haben zu der Frage der Heranziehung der Mittel der Invalidenversicherung zur Sanierung des Reichshaushalts einmütig eine Entschiedenheit gefasst, in der u. a. gesagt wird: „Der Widerstand der Invalidenversicherung gegen die Zwangsanteile von 164 Millionen Reichsmark, die im Jahre 1929 durch die Reichsfinanzminister übernommen wurden, monach die Zwangsanteile nur ein einmaliges, nie wiederkehrender Vorgang sein sollte. Wenn jetzt der Reichsfinanzminister beabsichtigt, in irgendeiner Form zur Sanierung des Reichshaushalts und insbesondere der Reichsarbeitslosenversicherung von neuem auf die Mittel der Invalidenversicherung zurückgreifen, so erhebt die deutsche Invalidenversicherung dagegen den schärfsten Protest. Die Mittel der Invalidenversicherung sind die Spargroschen der deutschen Arbeiter für die Zeiten der Invalidität und des Alters. Zudem sind diese Mittel keine Überflüsse, sondern lediglich Betriebsmittel zur Deckung der Ausfälle der nächsten Jahre. Im Jahre 1928 ist zweifelslos die Invalidenversicherung aus laufenden Mitteln nicht mehr voll leistungsfähig und schon im Jahre 1929 tritt ein Zahlungsbedarf zur Abdeckung der Rentenverpflichtungen ein. Der Gesamtbeitrag der Invalidenversicherung im Jahre 1928 betrug sich auf etwa 1835 Millionen RM, also auf 800 Millionen RM mehr, als im Jahre 1927. Bei dieser beachtlichen Finanzlage bedarf der Ständige Ausschuss, sofort alle Verhandlungen einzustellen, die im Sinne der Reichsregierung für Gesundheitsfürsorge bisher großzügig zu den Zwecken der Seuchenbekämpfung und des weiteren Ausbaues der Gesundheitsfürsorge eingelegt waren. Dieser tief bedauerliche Schritt war um so mehr geboten, weil bisher von der Invalidenversicherung reichsgesetzlich aufzubehaltende Beiträge im Jahre 1929 für diese Zwecke kein Prozent gezahlt ist und auch nach weiteren Verschärfungen der reichsgesetzlich aus der Invalidenversicherung der erweiterten Einrichtungen Mittel zur Durchführung der erweiterten Einrichtungen der Invalidenversicherung zur Verfügung stehen.“ Schließend wird noch darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Aufgaben der Reichsregierung die Unterstufung des Arbeiterwohnungsbaues für die Invalidenversicherung unmöglich gemacht würde.

Auch der Hauptverband deutscher Krankenkassen vertritt nicht eine Protesterklärung, in der er den Plan des Reichsfinanzministers, den Haushalt des Reiches und der Arbeitslosenversicherung durch Heranziehung von Mitteln der Sozialversicherung auszugleichen, als eine nicht zu rechtfertigende Gefährdung der Gesundheitsfürsorge bezeichnet.

Einsetzen aller Stützversuche. — Weizen markt. —
Das Aufladern des deutschen Roggenexportis.

Trotz aller Dementis über die ungünstige finanzielle Situation des kanadischen Volkes ist doch die Unruhe auch auf der Westseite der Nordamerikanischen Union in deutlicher Weise aus. In Chicago ging der Tents zurück, der Maines mit 10 Tents auf 110 Tents und der Fullwines von 125 auf 128 auf 114 Tents, der Potterians stiegen damit etwa 25 Tents, indem die Stände zur gleichen Zeit des Vorjahres. Eine Ironie des Schicksals ist es, daß die Weltweizenbaue zu einer Zeit vor sich geht, wo Kanada nur etwa die Hälfte der Ernte von 1928 einbringt hat und auch die Ernte der Vereinigten Staaten um 90 Miß. Fünftels kleiner ist als die Ernte 1928. Die Diskussionen über die Unmöglichkeit resp. Unwünschbarkeit eines Weizenpools werden daher nicht verkümmern. Die Garantie, die der Pool über seinen Mitgliedern in Bezug auf den Preis gewährt, hat sich als ein großer Schlußfolg erwiesen. Anstatt die Anschaffungskosten zu verringern, haben die Farmer das Produkt zu einem höheren Preis

Insaniggen genießt man Klarheit über die Ueberwinterung der Seaten. Soweit sich erkennen läßt, haben diese durch den Winter mitnigens gekittet; freilich Schneedecke und der dadurch bedingten geringeren Vordrangigkeit manches verborben haben. In Deutschland gab der Roggen in allen Territorien 10 bis 12 Wd. pro Sonne nach, nur Schwaben konnte sich auf die staatliche Kontrolle hin einigermaßen belaufen. Der Roggenexport hat so gut wie aufgehört, eine Erweichung, die im deutsch-polnischen Roggenabkommen übrigens vorgehien ist.

Erhöhung der Reichsbahntarife?

Gohr, der Herr

Roman von Arno Franz

IRREBERECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(18. Fortsetzung.)

Pos! — Was hält du auf dem Herzen?

Kommunistenmarsch auf Berlin am 6. März?

Kommunistenmarsch auf Berlin am 6. März?

In kurzen Worten.

In kurzen Worten.

Der nationalsozialistische Student Horst Dössel in Berlin, der am 14. Januar d. J. in seiner Wohnung von mehreren Kommunisten überfallen und durch einen Revolvererschuß in den Hals schwer verwundet wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

Arbeitsaufnahme der Regierung Chautemps.

in Ausübung, daß es Briand's Verhandlungsgeschicklichkeit gelingen möge, die Konferenz über die gegenwärtige erufte Lage hinwegzubringen.

... wo, sondern gerade dort am besten.

Der Bundeskanzler Gast des Reichskanzlers
Herzliche Begrüßungsreden.

1871

Ein rabiater französischer General

(Fortsetzung)

liefert preiswert **H. MUNZER**